

Arbeitsstab Forum Bildung

in der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission
für Bildungsplanung und Forschungsförderung

Hermann-Ehlers-Straße 10

53113 Bonn

Tel. (0228) 5402-0

Fax (0228) 5402-170

info@forumbildung.de

koch@forumbildung.de

G:\Home\Joh\FORUM-B\Gesamtempfehlungen\19-11-A-
B_oAe.doc

19. November 2001

Empfehlungen des Forum Bildung

Inhaltsverzeichnis

A.	Präambel	3
B.	Empfehlungen	5
I.	Frühe Förderung	5
II.	Individuelle Förderung	7
III.	Lernen, ein Leben lang	9
IV.	Lernen, Verantwortung zu übernehmen	11
V.	Die Lehrenden: Schlüssel für die Bildungsreform	12
VI.	Gleiche Teilhabe von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip	14
VII.	Kompetenzen für die Zukunft: Solides Fachwissen und fachübergreifende Kompetenzen	15
VIII.	Chancen der neuen Medien nutzen	18
IX.	Ausgrenzung vermeiden und abbauen	19
X.	Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten	21
XI.	Lernorte öffnen und verknüpfen	23
XII.	Mehr Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen, Lernen aus Evaluationen	25

A. Präambel

Unser Bildungssystem genießt traditionell einen guten Ruf. Trotzdem brauchen wir tiefgreifende Reformen, um uns auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Internationale Vergleichsstudien zeigen zusätzlich dringenden Handlungsbedarf.

Gesellschaft und Wirtschaft befinden sich in einem anhaltenden Strukturwandel, der alle Lebens- und Arbeitsbereiche umfasst. Das immer schnellere Wachstum von Wissen und die weltweite Verfügbarkeit von Wissen in Folge neuer Informations- und Kommunikationstechnologien bringen gewaltige Chancen für persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Dem steht das Risiko gegenüber, dass Wissen wegen seiner Fülle, seiner Differenziertheit und seiner dynamischen Entwicklung immer schwerer zu erschließen ist. Die Fähigkeit, Wissen aufzufinden, auszuwählen, zu bewerten und anzuwenden für die jeweils beste Lösung einer aktuellen Aufgabe, entscheidet immer mehr über persönliche Chancen, über gesellschaftliche Teilhabe sowie über Erfolg im wirtschaftlichen Wettbewerb.

Die Konsequenz aus dieser anhaltenden Entwicklung ist, dass Bildung - national wie international - zunehmend eine Schlüsselrolle erhält. Die durch Bildung erworbenen Kenntnisse, Perspektiven, Haltungen und Kompetenzen gehören bereits heute zu dem Wichtigsten, was ein Mensch und was eine Gesellschaft besitzen können. Unabhängig von ihrer Funktion für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft weitet Bildung den Blick über kurzfristige Interessen hinaus, verbindet Herkunft und Zukunft und erschließt den kulturellen Reichtum. Der Begriff der Wissensgesellschaft macht u.a. deutlich, dass auch für die wirtschaftliche Entwicklung in Zukunft Kenntnisse und Kompetenzen wichtiger werden als Kapital.

Dabei hat Bildung eine dreifache Zieldimension: Bildung bietet persönliche Orientierung in einer immer komplexer werdenden Welt, Bildung ermöglicht Teilhabe und die Gestaltung des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens und Bildung ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung.

Bildungspolitik steht vor der doppelten Herausforderung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen,

- Wissen und Kompetenzen zu vermitteln, die über die Zukunft des Einzelnen, aber auch der Gesellschaft und der Wirtschaft entscheiden, sowie
- angesichts immer höherer und neuer Qualifikationsanforderungen Ausgrenzung zu vermeiden und schon bestehende Ausgrenzung abzubauen.

Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, ist es erforderlich,

- den Zugang zu Bildung und den Erwerb von Bildung unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Nationalität sowie sozialer und wirtschaftlicher Situation sicherzustellen,
- die Kompetenzen zu erwerben, die erforderlich sind, um sich in der immer größeren Fülle des Wissens zurecht finden, das relevante Wissen auswählen und anwenden zu können,

- den Grundsatz des lebenslangen Lernens in allen Bildungsbereichen und für alle zu verwirklichen,
- die Qualität unserer Bildungsangebote ständig weiterzuentwickeln und
- eine Lern- und Lehrkultur zu verwirklichen, die Motivation und Fähigkeit zum selbstständigen Lernen sowie Freude am Lernen und Freude an Leistung vermittelt.

Die Notwendigkeit von Reformen wird auch durch internationale Entwicklungen bedingt. Wissen und Leistungsfähigkeit der Absolventen und die Attraktivität des Bildungswesens sind wichtige Faktoren im internationalen Wettbewerb und im Dialog der Kulturen. Die Vielfalt des deutschen Föderalismus befruchtet die Bildungsreform. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass das deutsche Bildungswesen international als Gesamtheit wahrgenommen wird.

Die Qualität und Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems erfordern ein hohes Engagement aller Beteiligten, der Individuen, der Bildungsinstitutionen und ihrer Träger, der Wirtschaft sowie des Staates. Sie erfordern neue Ideen und Konzepte, eine bessere Nutzung vorhandener Ressourcen, aber auch die gezielte Bereitstellung zusätzlicher Mittel, beispielsweise dort, wo sich im internationalen Vergleich Defizite zeigen, etwa bei der frühen Förderung. Ein Finanzierungskonzept für lebenslanges Lernen sollte eine Balance zwischen individueller Eigenverantwortung, Engagement des Arbeitgebers und staatlicher Förderung unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessenlage herstellen, insbesondere durch Verbindung von öffentlicher und tarifvertraglicher Finanzierung mit Eigenleistung. Lernzeitkonten können helfen, Lernzeiten nach biografischen Notwendigkeiten über das Leben zu verteilen.

Eine Bildungsreform kann viele Erkenntnisse und gute Erfahrungen nutzen, die bereits vorliegen. Dafür ist es wichtig, Barrieren zu erkennen, die bisher eine breite Umsetzung dieser Erkenntnisse und guten Erfahrungen verhindert haben. Barrieren haben ihren Ursprung im Verhalten von Menschen, in Situationen in Bildungseinrichtungen und in Rahmenbedingungen. Es müssen Wege zum Überwinden dieser Barrieren gefunden werden. Das beginnt damit, dass der Transfer der Ergebnisse erfolgreicher Modellvorhaben und Praxisbeispiele in strukturelle Veränderungen sicherzustellen ist.

Das Gelingen einer Bildungsreform setzt gleichermaßen rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen "von oben" wie das Gestalten und mit Leben Erfüllen der Inhalte "von unten" voraus. Die Empfehlungen des Forum Bildung wenden sich daher nicht nur an die politisch Zuständigen und Verantwortlichen, sondern gleichermaßen an diejenigen, die Bildungsprozesse vor Ort gestalten. Deren Motivation und Engagement sind unverzichtbar.

Das Forum Bildung empfiehlt Bund und Ländern, im Rahmen ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten die Umsetzung der Empfehlungen des Forum wissenschaftlich begleiten zu lassen.

Bildungsreform ist eine permanente Aufgabe: Sie muss durch handlungsorientierte Forschung begleitet und unterstützt werden. Sie muss sich auf eine gute Datenlage stützen

können, die Tendenzen und Fehlentwicklungen rechtzeitig erkennen lässt, Auswirkungen von Reformen dokumentiert und den Vergleich mit anderen Staaten in Europa und darüber hinaus ermöglicht. Das Forum Bildung hält daher über die Begleitung der Empfehlungen hinaus eine regelmäßige Berichterstattung über Bildung in Deutschland für dringend erforderlich. Eine solche Berichterstattung sollte von den Ländern und dem Bund abgestimmt und gemeinsam für den jeweiligen Verantwortungsbereich gegebenenfalls durch die BLK in Auftrag gegeben werden.

B. Empfehlungen

Das Forum Bildung fasst seine Empfehlungen in den folgenden zwölf Bereichen zusammen. Das Forum sieht dabei frühe Förderung, individuelle Förderung, die Verwirklichung lebenslangen Lernens für alle, die Erziehung zu Verantwortung und die Reform der Aus- und Weiterbildung der Lehrenden als vordringlich an.

Die Empfehlungen werden durch die Einzelergebnisse des Forum Bildung (vgl. C.¹) ergänzt.

I. Frühe Förderung

Weichen für Bildungschancen und damit für Lebenschancen werden bereits früh gestellt. Insbesondere die Motivation und die Fähigkeit zu kontinuierlichem und selbstgesteuertem Lernen sind früh zu wecken. Neben dem wichtigen Lernen in der Familie sind die Möglichkeiten der Kindertageseinrichtungen zur Unterstützung früher Bildungsprozesse deutlich besser zu nutzen. Die Bedingungen für individuelle Förderung in der Grundschule müssen erheblich verbessert werden, damit alle Kinder ihre Fähigkeiten, ihre Interessen und ihre personale und soziale Identität entwickeln können.

Im europäischen Vergleich wird in Deutschland von den Möglichkeiten zur Förderung von Bildung in den Kindertageseinrichtungen noch kein ausreichender Gebrauch gemacht. Für die Neubestimmung und Verwirklichung des Bildungsauftrags des Kindergartens sowie die Steigerung der Qualität sind externe Unterstützungsstrukturen für die fachliche Anleitung, Beratung und Fortbildung des pädagogischen Personals erforderlich. Die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss verbessert und aufgewertet werden, damit das Fachpersonal besser darauf vorbereitet wird, die frühen Bildungsprozesse von Kindern zu erkennen und zu fördern. Die Forschungskapazitäten der Frühpädagogik sind auszubauen. Angesichts der Bedeutung der Förderung früher Bildungsprozesse ist zu prüfen, ob der Besuch einer Kindertageseinrichtung gebührenfrei sein sollte.

Eine gezielte individuelle Förderung in den ersten Grundschuljahren, insbesondere bei der Vermittlung der Grundlagen in Lesen, Schreiben, Rechnen und beim Erwerb der deutschen Sprache ist eine wirksame und präventive Bildungsarbeit. Sie beugt späterem Schulversagen vor, ist Grundlage für die Ausbildung von Leistungsbereitschaft und

¹ vgl. Ergebnisse des Forum Bildung II, Teil C.

Leistungsfähigkeit und zugleich Voraussetzung für das rechtzeitige Erkennen und Fördern von Begabungen. Unzureichende Förderung in der Grundschule kann später nur noch beschränkt durch schulische oder außerschulische Maßnahmen nachgeholt werden, da sie von den Einzelnen sehr viel schwerer zu bewältigen sind und sie der Gesellschaft ungleich höhere Kosten auferlegen.

Interesse und Lernbereitschaft von Kindern müssen in Kindertageseinrichtungen und in der Grundschule noch besser gefördert werden. Das setzt eine entsprechende Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern voraus. Die Bedeutung eines solchen Umdenkens zeigt sich beispielhaft bei der Vermittlung fachübergreifender Kompetenzen (vgl. VII.):

- Das große Interesse von Kindern an naturwissenschaftlichen und technischen Fragen muss in Kindertageseinrichtungen und in der Grundschule besser genutzt und gefördert werden. Mädchen und Jungen sind dabei gleichermaßen zu unterstützen.
- Kinder lernen Fremdsprachen besonders leicht. Sie sollten bereits im Kindergarten Fremdsprachen kennen lernen und möglichst früh in der Grundschule einen altersgemäßen Fremdsprachenunterricht erhalten.
- Musisch-ästhetische Erziehung fördert den Erwerb von personalen und sozialen Kompetenzen und hat positive Auswirkungen auf das Lernen. Voraussetzung ist allerdings auch hier eine Fachdidaktik, die die Kreativität des Individuums entdecken und entwickeln hilft.

Zur frühen Förderung von Bildungsprozessen gehört auch der intensive Dialog zwischen Kindergarten oder Schule und Eltern. So können beispielsweise Eltern und Erzieherinnen gemeinsam am besten die Themen und Fragen entdecken, die das Kind gerade beschäftigen.

Die Bedeutung der frühen individuellen Förderung erfordert auch eine Überprüfung der Prioritäten bei den Investitionen. Im internationalen Vergleich investiert Deutschland erheblich weniger in die entscheidenden ersten Bildungsjahre als vergleichbare Staaten wie z.B. Österreich, die skandinavischen Staaten, Schweiz und USA.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtung zu definieren und zu verwirklichen, u.a. durch
 - Definition von Bildungszielen und ihre curriculare Umsetzung,
 - Transfer- und Beratungsstrukturen für die Praxis,
 - Reform und Aufwertung der Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher bezogen auf die neuen Aufgaben,
 - Ausbau von Forschungskapazitäten für Frühpädagogik und wissenschaftliche Begleitung von Praxismodellen,
- Prüfung, ob der Besuch von Kindertageseinrichtungen gebührenfrei sein sollte,

- Verbesserung der Bedingungen für die individuelle Förderung in der Grundschule, u.a. durch
 - stärkeres Eingehen auf die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und das soziale Umfeld der Kinder,
 - rechtzeitigen Ausgleich von Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben, Rechnen und beim Erwerb der deutschen Sprache,
 - rechtzeitiges Finden und Fördern von Begabungen,
 - Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus,
- Intensivere Förderung der Interessen von Kindern v.a. an Naturwissenschaften, Technik, Fremdsprachen und musisch-kreativen Fächern, bereits im Kindergarten und in der Grundschule.

Hauptadressaten:

Kommunen, freie Träger, Länder und Bund

II. Individuelle Förderung

Individuelle Förderung entscheidet darüber, ob Menschen sich nach ihren Fähigkeiten und Interessen entwickeln können. Individuelle Förderung ist gleichermaßen Voraussetzung für das Vermeiden und den rechtzeitigen Abbau von Benachteiligungen wie für das Finden und Fördern von Begabungen. Ganztagschulen helfen, bessere zeitliche Bedingungen für eine individuelle Förderung aller Begabungen zu schaffen.

Zu einer neuen Lern- und Lehrkultur gehören die individuelle Förderung und auch die soziale Einbindung des Lernens. Ziel ist die konsequente Berücksichtigung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen, wie z.B. Begabungen, Lernhaltung, Lernumgebungen im Elternhaus, Vorwissen aus der Lebenswelt. Das erfordert differenzierte Lernangebote, neue Formen des Lehrens und eine zunehmende Selbststeuerung von Lernprozessen durch die Lernenden. Individuelles Lernen muss durch gemeinsames und gegenseitig unterstützendes Lernen in Gruppen ergänzt werden. Eine optimale individuelle Förderung trägt dazu bei, die Schulzeit bis zum Erlangen der Hochschulreife differenzierter zu gestalten.

Das Finden und Fördern von Begabungen muss noch stärker zur Normalität werden. Die gezielte Förderung von intellektuellen, künstlerischen, kreativen, sozialen und psychomotorischen Begabungen ist notwendig für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung, aber auch für die Gestaltung und Entfaltung unserer Gesellschaft. Sie ist auch als soziale Verpflichtung für die geförderte Person zu verstehen. Bildungseinrichtungen und die in der Bildung tätigen Personen sind stärker in die Lage zu versetzen, individuelle Begabungen in ihrer Differenziertheit zu erkennen und zu fördern.

Der Zugang zu Bildung und der Erwerb von Bildung werden immer noch in starkem Maße von der sozialen, ethnischen und finanziellen Situation von Familien beeinflusst. Benachteiligungen - etwa beim Spracherwerb, beim Lesen, Schreiben und Rechnen -, die in

der Kindertageseinrichtung und der Grundschule noch leicht behoben werden könnten, setzen sich oft fort und führen später zu Schulversagen und Ausbildungslosigkeit. Begabungen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und von Kindern mit Migrationshintergrund werden oft nicht erkannt und nicht genügend gefördert.

Ganztagsschulen spielen in Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland nur eine nachgeordnete Rolle, obwohl sie – zumindest für jüngere Kinder – bessere Bedingungen für eine individuelle Förderung bieten. Ganztagsangebote an allen Schulformen und in zumutbarer Entfernung für alle Kinder können unter methodischen, – erzieherischen sowie zeitlich-organisatorischen Aspekten erheblich zur notwendigen Qualitätsverbesserung der schulischen Bildung beitragen, sowohl zur Vermeidung von Benachteiligungen wie für die Förderung von Begabungen. Voraussetzungen sind ein klares pädagogisches Konzept sowie eine entsprechende Qualifizierung der Lehrkräfte und der Schulleitung. Ganztagsschulen benötigen zusätzlich zu den Lehrenden kompetentes Personal u.a. zur Förderung von Kreativität, praktischer und sozialer Arbeit außerhalb von Unterricht. Ganztagsschulen sind darüber hinaus ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer.

Behinderte sind stärker in Regeleinrichtungen zu integrieren. Dafür müssen die Bedingungen für eine individuelle Förderung von Behinderten in Regeleinrichtungen verbessert werden. Die Förderung in Sondereinrichtungen für Bildung und Qualifizierung von Behinderten sind dann gerechtfertigt, wenn eine spezifische individuelle Förderung von Behinderten anders nicht möglich ist. Das Spannungsfeld zwischen Integration und spezifischer Förderung in Sondereinrichtungen muss im Dialog zwischen Praxis und Forschung weiter vertieft werden.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- bedarfsgerechte Ausweitung des Angebots an Ganztagsschulen mit Schwerpunkten der individuellen Förderung und des sozialen Lernens.
- Verbesserung der Bedingungen für das Finden und Fördern von Begabungen, u.a. durch
 - qualifizierte Diagnose und Beratung,
 - Verstärkung von Zusatzangeboten,
 - bessere Vorbereitung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrkräfte und permanente Weiterbildungsangebote,
- Verbesserung der inhaltlichen, organisatorischen und personellen Förderbedingungen für Kindertageseinrichtungen und Schulen mit hohem Anteil von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und von Kindern mit Migrationshintergrund, verstärkte Einbeziehung und Beratung von Eltern insbesondere in diesen Bildungseinrichtungen,
- verstärkte Integration von Behinderten in Regeleinrichtungen, Verbesserung der Bedingungen für die individuelle Förderung von Behinderten in Regeleinrichtungen, Vertiefung von Fragen der Integration und spezifischen Förderung von Behinderten,
- Entwicklung einer Pädagogik der individuellen Förderung sowie ihre Einbeziehung in die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden,

- Ausbau von Diagnostik und qualifizierter Beratung, beispielsweise des schulpsychologischen Dienstes.

Hauptadressaten:

Länder und Kommunen

III. Lernen, ein Leben lang

Die Lernenden übernehmen immer mehr Verantwortung für die Steuerung und Organisation des kontinuierlichen Lernens. Grundlagen hierfür werden bereits in den ersten Lebensjahren erworben. In allen Bildungsabschnitten bedarf es neuer Formen der individuellen Beratung und Begleitung.

Lebenslanges Lernen erfordert eine bessere Verzahnung von Bildungsbereichen und Bildungswegen und setzt Ausbau und neue Konzepte der Weiterbildung voraus. Dabei ist das informelle Lernen in der Lebens- und Arbeitswelt stärker einzubeziehen. Modularisierung von Studium und Weiterbildung und neue Formen der Zertifizierung erleichtern das Fortsetzen von Bildung und Qualifizierung, bauen auf individuellen Voraussetzungen auf und ermöglichen die Verbindung von formellem und informellem Lernen.

Die Verwirklichung des lebenslangen Lernens betrifft alle Menschen und alle Bildungsbereiche. Sie erfordert eine konsequente Einbeziehung der vielfältigen Lernprozesse außerhalb von Bildungsinstitutionen und neue Konzepte der Weiterbildung, die sich insbesondere auf eine Modularisierung und auf neue Formen der Anerkennung (Zertifizierung) stützen. Arbeitsprozesse müssen lernintensiver gestaltet werden, um die Chancen des Lernens beim Arbeiten besser zu nutzen. Eine qualifizierte Erstausbildung ist die beste Voraussetzung für lebenslanges Lernen.

Lernen des Lernens (Lernkompetenz) ist Voraussetzung für lebenslanges Lernen. Es muss von der Kindertageseinrichtung an in allen Phasen von Bildung und Qualifizierung in Verbindung mit dem Lernen von Inhalten erfolgen. Um Lernkompetenz zu erwerben, müssen Lernende und Lehrende immer wieder zurückblicken und darüber nachdenken, wie Lernen stattgefunden hat und wie es noch besser hätte stattfinden können. Dazu gehört auch das Zulassen von Fehlern und das Lernen aus Fehlern.

Es müssen Verfahren für eine Anerkennung von Kenntnissen und Kompetenzen, die auf unterschiedlichen Lernwegen erworben worden sind, entwickelt und eingeführt werden. Ziel solcher Verfahren ist es, die Ergebnisse informellen Lernens z.B. im Arbeitsalltag oder bei der Ausübung eines Ehrenamtes festzustellen, anzuerkennen und bei der Fortsetzung des Lernens zu berücksichtigen. Dies ermöglicht beispielsweise, Personen wieder an Bildung und Qualifizierung heranzuführen, die bisher nicht oder zu wenig an Weiterbildung teilnehmen (vgl. IX.). Erfahrungen anderer Länder, z.B. mit dem bilan de compétence in Frankreich, der Accreditation of Prior Learning im britischen System sowie den Hochschulen und Community Colleges in den USA, sollten als Anregungen berücksichtigt werden.

Die Einbeziehung älterer Erwachsener in kontinuierliches Lernen gewinnt nicht nur unter demografischen Gesichtspunkten für den Arbeitsmarkt an Bedeutung, sondern ist angesichts des Wandels in allen Bereichen auch Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft und für ein sinnerfülltes Leben im Alter. Berufliche Erfahrungen und Kompetenzen älterer Arbeitnehmer sollten in den Betrieben stärker genutzt werden.

Weiterbildungsmodule beschreiben Kompetenzbereiche eines Berufsbildes oder Qualifikationsprofils mit dem Ziel, Handlungskompetenz für diesen Bereich zu erwerben. Module werden durch Zertifikate abgeschlossen. Sie ermöglichen das schrittweise Nachholen von Abschlüssen der Erstausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen, das Aufbauen auf einer Erstausbildung sowie den schrittweisen Erwerb von Weiterbildungsabschlüssen. Eine einheitliche Regelung von Modulen und einheitliche Modulprüfungen machen es möglich, eine unterbrochene Weiterbildung auch bei einem anderen Bildungsanbieter fortzusetzen.

Zu prüfen ist die Einführung eines Qualifizierungspasses als persönliches Dokument, das das kontinuierliche Lernen begleitet. Ein solches Dokument erleichtert das Wiederaufnehmen von Bildung und Qualifizierung, strukturiert einen möglichen Weg zum Nachholen eines Berufsabschlusses und ermöglicht den Nachweis der Voraussetzungen für eine externe Prüfung.

Die Hochschulen werden ihrer herausragenden Rolle in der Wissensgesellschaft nur gerecht, wenn sie Weiterbildung als dritte Aufgabe neben Erstausbildung und Forschung konsequent wahrnehmen und zur Profilbildung nutzen.

Individuelle Eigenverantwortung für kontinuierliche Bildungsprozesse setzt voraus, dass die einzelne Person mit dem offenen Prozess des lebenslangen Lernens umzugehen lernt. Dies erfordert insbesondere,

- eine Bildungs- und Qualifizierungsberatung, die von den individuellen Kenntnissen und Kompetenzen ausgeht,
- neue Formen der Begleitung für Bildungsprozesse, die individuell von den Lernenden gesteuert werden, sowie
- eine Stärkung der Transparenz über Inhalte und Qualität der Bildungsangebote sowie Qualität der Anbieter vor allem für individuelle Nachfrager und für kleinere Unternehmen.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Entwicklung und Einführung von Verfahren der Anerkennung von Ergebnissen informellen Lernens im Lebens- und Arbeitsalltag,
- Unterstützung und Anerkennung des Lernens bei der Arbeit,
- die Einführung einer Modularisierung in der Weiterbildung, verbunden mit einer sinnvollen Vereinheitlichung von Modulen und Modulprüfungen,
- konsequenter Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung als dritte Aufgabe der Hochschulen neben Erstausbildung und Studium, u.a. durch
 - Modularisierung von Studium und wissenschaftlicher Weiterbildung,

- gemeinsame Weiterbildungsangebote von Hochschule und Wirtschaft,
- verstärkter Einsatz virtueller Weiterbildungsangebote,
- Anreize für das Engagement der Hochschulen in der Weiterbildung,
- Ausbau der individuellen Bildungs- und Qualifizierungsberatung zur Unterstützung lebenslangen Lernens,
- Stärkung der Transparenz über Angebote und Anbieter, u.a. durch
 - Ausbau und Vernetzung regionaler Weiterbildungsdatenbanken,
 - Unterstützung des Ausbaus von Zertifizierungssystemen in der Weiterbildung,
 - Vergleichende Beurteilung von Angeboten und Anbietern zur Verstärkung der Transparenz insbesondere für individuelle Nachfrager und kleinere Betriebe.

Hauptadressaten:

Bund, Länder, Träger von Bildungseinrichtungen und Kommunen

IV. Lernen, Verantwortung zu übernehmen

Orientierung im Wandel setzt Erfahren und Reflektieren von Werten voraus. Kinder und Jugendliche müssen früh Gelegenheit erhalten, Verantwortung für andere zu übernehmen und Demokratie zu erleben; sie sollten dabei auch lernen, die Konsequenzen für ihr eigenes Handeln zu tragen. In allen Bildungseinrichtungen sind Aufgaben zur Übernahme von Verantwortung und altersentsprechende Formen der Mitwirkung und der Selbstorganisation zu entwickeln, die auch den Lernprozess selbst mit umfassen. Die Einrichtungen benötigen hierfür Unterstützung, insbesondere durch Aus- und Weiterbildung der Lehrenden, durch Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Lernorten und durch Bereitstellen von Erfahrungen aus guten Beispielen.

In einer Gesellschaft, die immer stärker von Wandel bestimmt ist, sind das frühzeitige Erfahren und Reflektieren von Werten und die Herausbildung eigener Werthaltungen entscheidend für die Fähigkeit, sich zu orientieren, Perspektiven zu entwickeln, das eigene Lebensumfeld mitzugestalten und solidarisch zu handeln. Für eine langfristige, nachhaltige Sicherung des Lebens-, Gesellschafts- und Wirtschaftsraums Deutschland ist der Erwerb einer vorausschauenden Gestaltungskompetenz notwendig, die ökologische, ökonomische und soziale Verantwortung miteinander verbindet.

Werte lassen sich jedoch nicht abstrakt vermitteln. Bildungseinrichtungen müssen verstärkt Gelegenheiten schaffen zum Erleben, Erfahren und Reflektieren von Werten. Sowohl im Rahmen der konkreten Lernsituation (Unterricht) als auch bei der Gestaltung des gesamten Lernumfeldes (Schulkultur, Formen der Mit- und Selbstverwaltung) bedarf es einer Kultur des Miteinanders, die Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden Vertrauen entgegenbringt und ihnen die Chance gibt, Verantwortung zu übernehmen. Der Erwerb von Werten hängt von Alltagserfahrungen und von Vorbildern ab, die Werte vorleben.

Mit dem Schwerpunkt des Lehrens und Lernens auf Kenntnisvermittlung kommt das demokratische Handeln in Schule, Berufsausbildung und an der Hochschule oft zu kurz. Kindertageseinrichtungen, Schule und Ausbildungseinrichtungen müssen Aufgaben übertragen, durch die Verantwortung für die Gemeinschaft übernommen werden kann. So lernen Kinder und Jugendliche, dass die Übernahme von Verantwortung und das Tragen der Konsequenzen für das eigene Handeln die Grundlage für die Mitgestaltung der eigenen Lebenswirklichkeit ist. Dazu gehören auch Fähigkeiten für selbständiges und eigenverantwortliches Handeln in der Gesellschaft und im wirtschaftlichen Bereich.

Lernen an anderen Lernorten, z. B. in sozialen Einrichtungen und in Betrieben, ermöglicht Erfahrungen und Begegnungen mit Menschen, die sonst nicht möglich wären. Dabei kommt es gleichermaßen auf das Handeln und auf das Nachdenken darüber an, wie und nach welchen Werten man handelt.

Pädagoginnen und Pädagogen müssen in Aus- und Weiterbildung darauf vorbereitet werden, Gelegenheiten für die Übernahme von Verantwortung und das Erfahren von Demokratie zu schaffen.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Ausschöpfen und Weiterentwicklung aller Möglichkeiten für die Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstorganisation der Lernenden,
- Unterstützung von Bildungseinrichtungen bei der Verwirklichung von Demokratiekultur, dem Erwerb sozialer Kompetenzen sowie bei der Verbindung von ökologischer, ökonomischer und sozialer Verantwortung zu nachhaltiger Gestaltungskompetenz durch Transfer- und Beratungsstrukturen, Bereitstellung von Erfahrungen aus guten Beispielen,
- breite Umsetzung von Projekten zur Förderung von Teamfähigkeit und von sozialem Handeln als Teil von Unterricht und Schulleben, von Berufsausbildung und Studium; Weiterentwicklung von Konzepten kooperativer Gruppenarbeit,
- Projekte zur Förderung von selbständigem und eigenverantwortlichem Handeln in Gesellschaft und Wirtschaft.

Hauptadressaten:

Länder, Kommunen und Bund

V. Die Lehrenden: Schlüssel für die Bildungsreform

Lehrende haben eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Bildungsreform vor Ort. Die neuen Aufgaben, Inhalte und Methoden, die für die Verwirklichung der Bildungsreform erforderlich sind, sind umgehend in die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden aufzunehmen. Motivation und Gestaltungsmöglichkeiten der Lehrenden müssen gestärkt werden. Die Verbesserung pädagogischen Handelns sollte durch bessere materielle und personelle Rahmenbedingungen in den Bildungseinrichtungen unterstützt werden.

Die Verwirklichung einer Bildungsreform setzt eine zielgerichtete Reform von Aus- und Weiterbildung der Lehrenden voraus. Erzieherinnen und Erzieher müssen besser dafür aus- und weitergebildet werden, die frühen Bildungsprozesse von Kindern zu erkennen und zu fördern (vgl. I.). Die Vorschläge zur Reform der Lehreraus- und Weiterbildung sind konsequent umzusetzen. In der Aus- und Weiterbildung der Lehrenden ist das fachwissenschaftliche Studium stärker mit pädagogischer und didaktischer Ausbildung zu verzahnen. Studium und schulpraktische Erfahrungen müssen in allen Ausbildungsphasen zusammenwirken. Weiterbildung ist stärker als Instrument der Personalentwicklung einzusetzen und muss deutlich stärker dazu beitragen, die konkreten Herausforderungen der einzelnen Bildungseinrichtung zu erfüllen. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer müssen in der Lage sein, Lehrveranstaltungen in hoher Qualität vorzubereiten und durchzuführen. Weiterbildnerinnen und Weiterbildner müssen kompetenter werden für die Unterstützung und Begleitung des kontinuierlichen Lernens von Erwachsenen.

Die Entwicklung von Kindertageseinrichtungen, Schulen, Berufsbildungseinrichtungen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen zu "Häusern des Lernens" und ihre Öffnung für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld (vgl. XI.) setzt eine entsprechende Aus- und Weiterbildung der in diesen Einrichtungen tätigen Personen voraus. Erfahrungen zeigen, dass ein Engagement in diesen Bereichen auch die Berufszufriedenheit der Lehrenden steigert.

Die notwendige grundlegende Veränderung der Lehr- und Lernkultur erfordert ein verändertes Berufsbild der Lehrenden, das insbesondere folgende Elemente umfasst:

- stärkere individuelle Förderung und Beratung der Lernenden,
- Unterstützung der Schulentwicklung und Verwirklichung der Eigenverantwortung von Bildungseinrichtungen,
- verstärkte Zusammenarbeit mit Eltern und außerschulischen Einrichtungen,
- Weiterbildung zum Ausbau der pädagogischen und fachlichen Professionalität.

Die materielle und personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen muss mit den steigenden Anforderungen Schritt halten. Die gesellschaftliche Wertschätzung der Lehrenden hat großen Einfluss auf die Motivation der Beschäftigten und auf die Gewinnung von Nachwuchs für den Beruf der Lehrenden.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Konsequente Umsetzung der Reform der Lehreraus- und Weiterbildung u.a. durch
 - Aufnahme der neuen und veränderten Aufgaben, Inhalte und Methoden in die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden,
 - Verzahnung von Theorie und Praxis sowie
 - Verzahnung von Ausbildung und kontinuierlicher Weiterbildung,
- kontinuierliche Verbesserung der Lehre und der Begleitung der Studierenden an den Hochschulen,
- Ausbau von Qualifizierungsangeboten für die in der Weiterbildung Tätigen,

- stärkere Orientierung der Weiterbildung der Lehrenden an dem konkreten individuellen Bedarf und dem Bedarf der einzelnen Bildungseinrichtung, Bereitstellung eines Weiterbildungsbudgets der Bildungseinrichtung, Nutzung der Weiterbildung als Instrument der Personalentwicklung,
- Verstärkung der Aktivitäten der Lehrenden für individuelle Förderung, Beratung und für Schulentwicklung und Zurverfügungstellung der dafür erforderlichen Zeit,
- Arbeitszeitmodelle, in denen auch die Entwicklungsarbeit für die Bildungseinrichtung berücksichtigt wird,
- Anpassung der materiellen und personellen Ausstattung der Bildungseinrichtungen an die veränderten inhaltlichen und qualitativen Anforderungen.

Hauptadressat:

Länder

VI. Gleiche Teilhabe von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip

Die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern muss durchgängiges Leitprinzip des Bildungswesens werden. Das Bewusstsein über die ungleiche Teilhabe von Frauen und Männern - als Lernende, aber auch als Lehrende - in den Bildungsbereichen und Bildungsstufen ist zu stärken. Überholte Rollenorientierungen müssen in Kindertageseinrichtungen, Schulen, beruflicher Bildung, Hochschule und Weiterbildung überwunden werden.

Obwohl Frauen erfolgreicher als Männer an Bildung und schulischer Qualifikation teilnehmen, setzt sich das nicht in entsprechende zukunftsorientierte Berufsausbildung und Karrieren um. Trotz der schulischen Förderung von Mädchen ist das inhaltliche Spektrum von Kurs-, Berufs- und Studienwahl immer noch eingengt. Vor allem in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Im Erwerbsleben und vor allem in beruflichen Karrieren sind Frauen noch immer strukturell benachteiligt. Auf eine gezielte Förderung des Interesses von Mädchen und jungen Frauen an naturwissenschaftlichen und technischen Themen ist bei Koedukation besonders zu achten.

Traditionelle Rollenorientierungen von Männern und Frauen werden in Kindergarten und Schule, aber auch in der Berufsausbildung und an Hochschulen noch oft unbewusst weitergegeben. Koedukation sollte verstärkt dafür genutzt werden, dass Schülerinnen und Schüler miteinander und voneinander lernen.

Bei den Lehrenden und Erziehenden findet sich ein klares Gefälle: In Kindertageseinrichtungen ist der männliche Erzieher die Ausnahme. Im Grundschulbereich ist das Lehrpersonal überwiegend weiblich. Dies ist auch eine Folge geringerer gesellschaftlicher Anerkennung. Mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer werden eher von Männern unterrichtet. Weiterführende Schulen werden überwiegend von Männern geleitet.

Alle Maßnahmen der Bildungsreform sind auf ihre potentielle Wirkung für beide Geschlechter zu überprüfen und so zu realisieren, dass sie zur gleichen Teilhabe der Geschlechter beitragen. Dieser Grundsatz (Gender Mainstreaming) ist als durchgängiges Leitprinzip in allen Maßnahmen und Programmen, in allen Bildungsbereichen und auf allen Bildungsstufen zu berücksichtigen. Dies muss zu einer deutlichen Erweiterung der Sichtweisen, insbesondere beim Leitungs- und Führungspersonal, aber auch bei den Lernenden selbst, führen.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Maßnahmen zur Erweiterung des Berufswahlspektrums und des Studienwahlverhaltens für junge Frauen und junge Männer, insbesondere durch frühe Berufsorientierung ab der Sekundarstufe I in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, beispielsweise durch Erkundungen und Praktika, auch in "untypischen" Berufsfeldern,
- Stärkung des Interesses junger Frauen an mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern und junger Männer für die Berufe des Erziehers und Grundschullehrers,
- Gezielte Förderung von Jungen, insbesondere in den Bereichen soziale Kompetenz und Empathie, beispielsweise durch Konfliktlösungsübungen, die Mädchen und Jungen paritätisch einbeziehen,
- familienfreundliche Gestaltung der Bildungsangebote, z.B. durch Sicherstellung der Kinderbetreuung und Halbtagsangebote,
- Einbeziehung von Themen der gleichen Teilhabe von Frauen und Männern in die Aus- und Weiterbildung der in der Bildung tätigen Personen,
- Verstärkte Förderung der Übernahme von Führungspositionen durch Frauen, besondere Förderung von Frauen in wissenschaftlichen Laufbahnen nach der Promotion.

Hauptadressaten:

Länder, Bund und Sozialpartner

VII. Kompetenzen für die Zukunft: Solides Fachwissen und fachübergreifende Kompetenzen

Wir brauchen noch mehr gut qualifizierte Fachkräfte, die in der Lage sind, sich in der Fülle des zunehmenden Wissens zu orientieren, ständig weiter zu lernen und Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Das erfordert insbesondere die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulen sowie eine Steigerung der Zahl der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen.

Handlungskompetenz setzt in gleichem Maße solides Fachwissen und fachübergreifende Kompetenzen zur Anwendung dieses Wissens voraus. Fachübergreifende Kompetenzen umfassen insbesondere Methodenkompetenzen, Motivation und Befähigung zu kontinuierlichem Lernen, Sprach- und

Medienbeherrschung, mathematisch-naturwissenschaftliche Grundkompetenzen sowie soziale Kompetenzen.

Mit ständiger Zunahme von anspruchsvollen Dienstleistungen, breiter Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie steigenden Anforderungen an individuelle Verantwortung und Innovationsfähigkeit gewinnen mittlere und höhere Qualifikationen ständig an Gewicht, während Beschäftigungsmöglichkeiten für Un- und Angelernte weiter drastisch abnehmen.

Um diesen Anforderungen besser gerecht zu werden, ist es notwendig, die Bildungsbeteiligung zu verbessern. Frühen Weichenstellungen durch das gegliederte Schulsystem ist durch integrative Systeme und in viel stärkerem Maße als bisher durch flexible Übergänge zwischen den Schulformen zu begegnen. Eine stärkere Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulen stärkt die Attraktivität des dualen Systems. Durch die Verbesserung des Zugangs zu Fachhochschulen und Universitäten für junge Menschen mit dualer Ausbildung werden gleichzeitig auch wichtige praktische Erfahrungen an die Hochschulen herangetragen.

Berufsqualifizierende Abschlüsse werden in Deutschland in hohem Umfang in der dualen Berufsausbildung erworben, auch solche, die im Ausland häufig von Hochschuleinrichtungen vergeben werden. Das ist mit ein Grund dafür, dass die Zugangsquote zu den Hochschulen mit 28 % in Deutschland weit unter dem OECD-Durchschnitt von 40 % liegt. Angesichts dieser traditionellen Arbeitsteilung ist es erforderlich, Hochschulausbildung stärker mit betrieblicher und schulischer Berufsausbildung zu verzahnen, z. B. durch duale Studiengänge und berufsintegrierende Studiengänge. Übergänge in den Hochschulbereich sind durch Anrechnung von Leistungen, die außerhalb der Hochschulen erbracht worden sind, zu erleichtern.

Die seit längerem stagnierende Quote der Hochschulabsolventen liegt mit 16 % eines Altersjahrgangs erheblich unter dem Durchschnitt aller OECD-Länder mit 23 %. 10 % Universitätsabsolventen und 6 % Fachhochschulabsolventen reichen angesichts zurückgehender Jahrgangsstärken nicht mehr aus, um die aus dem Berufsleben ausscheidenden Arbeitnehmer mit Hochschulausbildung zu ersetzen. Die Deckung des zusätzlichen Bedarfs an Hochschulabsolventen, insbesondere in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen, wird zunehmend zu einer Zukunftsfrage für Gesellschaft und Wirtschaft. Der Stellenwert von Mathematik und Naturwissenschaften an den Schulen muss erhöht werden. Das bedeutet auch, dass naturwissenschaftliche Fächer wesentlich problem- und praxisorientierter als bisher unterrichtet werden.

Auch angesichts dieser Situation ist es dringend erforderlich, dass insbesondere die Universitäten ihre Erfolgsquoten steigern. Abbruchquoten liegen beispielsweise für Germanisten bei 80 %, für Mathematiker bei 70 %, für Wirtschaftswissenschaftler und für Informatiker bei 60 %, für Elektroniker und für Physiker bei 50 % und für Maschinenbauer bei 40 %. Selbst wenn bei diesen Zahlen auch Fachwechsel zu Beginn des Studiums mitgezählt wird, sind gezielte Verbesserungen in der Betreuung der Studierenden und eine stärkere Verantwortung der Lehrenden notwendig, damit in Zukunft mehr Studentinnen und Studenten ihr Studium mit Erfolg abschließen und gleichzeitig die Dauer des Studiums

erheblich reduziert wird. Dringend erforderlich sind insbesondere eine bessere Beratung in der Eingangsphase, besser strukturierte Studienangebote und eine intensivere Begleitung während des Studiums.

Um Handlungskompetenz zu erwerben, müssen fachliche und fachübergreifende Kompetenzen den gleichen Stellenwert erhalten. Sie dürfen nicht isoliert voneinander vermittelt werden. Fachübergreifende Kompetenzen müssen genauso bewertet werden wie Fachwissen. Nur wenn das gelingt, werden Bildungseinrichtungen und Individuen den Wert auf die Vermittlung und den Erwerb von fachübergreifenden Kompetenzen legen, der heute erforderlich ist. Dafür müssen in allen Bildungsbereichen neue Verfahren der Leistungsbewertung und entsprechende Prüfungsverfahren entwickelt und eingeführt werden.

Auch an Hochschulen müssen neue innovative Prüfungsverfahren eingeführt werden. Angesichts der Bedeutung von Teamfähigkeit, Kooperation und intelligenter Nutzung weltweiter Informationsmöglichkeiten sind beispielsweise Prüfungen nach dem Multiple-Choice oft kontraproduktiv. Gerade Universitäten müssen Prüfungen entwickeln, die Verständnis erfassen und kooperative Problemlösungskompetenzen berücksichtigen.

Lehrende in Schulen, Berufsausbildung, Hochschule und Weiterbildung müssen nicht nur fachlich, sondern auch methodisch und didaktisch gut ausgebildet sein, besser über das Lernen Bescheid wissen und auf praktische Anforderungen vorbereitet werden. Das setzt an den Hochschulen ein Umdenken in der Lehre voraus. Fortbildung muss nicht nur kontinuierlich neue Fachinhalte vermitteln, sondern Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen, sich den aktuellen Stand der Didaktik und Methodik anzueignen und das so Gelernte auch anzuwenden (vgl. V.).

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- flexiblere Übergänge zwischen den unterschiedlichen Schulformen,
- stärkere Durchlässigkeit zwischen der dualen und schulischen Berufsausbildung und den Hochschulen,
- stärkere Einbeziehung von Praxisphasen in die Hochschulausbildung und Ausbau dualer Studiengänge,
- Steigerung des Anteils der Hochschulabsolventen und Reduzierung der hohen Abbruchquoten insbesondere an Universitäten, u.a. durch
 - frühzeitige Berufsorientierung und Beratung in der Schule,
 - bessere Strukturierung der Studienangebote,
 - intensivere Beratung und Begleitung während des Studiums,
 - ausreichende soziale Absicherung,
- Steigerung der Attraktivität von Mathematik und Naturwissenschaften an den Schulen, stärkere Problem- und Praxisorientierung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts,
- Förderung des Erwerbs fachübergreifender Kompetenzen, u.a. durch

- Entwicklung neuer didaktischer Konzepte für die gemeinsame Vermittlung von fachlichen Kenntnissen und fachübergreifenden Kompetenzen,
- Entwicklung von Mess- und Bewertungsverfahren für den Erwerb fachübergreifender Kompetenzen,
- Entwicklung neuer Verfahren zur Leistungsbewertung und entsprechender Prüfungsverfahren, die in stärkerem Maße Verständnis und Problemlösungskompetenzen erfassen und bewerten.

Hauptadressaten:

Länder, Bund, und Sozialpartner

VIII. Chancen der neuen Medien nutzen

Die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologie zur Unterstützung von Lernen und Lehren sind in allen Bildungsbereichen noch besser zu nutzen. Dazu sind neben der technischen Ausstattung von Bildungseinrichtungen vor allem neue pädagogische und didaktische Konzepte und eine anwendungsbezogene Personalfortbildung erforderlich. Der Einsatz von Medien für das Finden, Auswählen und die Verteilung von Wissen ist besonders erfolgreich, wenn neue Medien mit anderen Medien und Lernmethoden kombiniert und in einen sozialen Kontext eingebettet sind.

Zugangsmöglichkeiten zu neuen Medien unterstützen individuelles Lernen. So wird beispielsweise Lernen an unterschiedlichen Orten ermöglicht oder kann unterschiedlichen Zugangsweisen, z.B. von Jungen und Mädchen, entsprochen werden. Daher sollten kurzfristig Computer-Zugänge mit Internet-Anbindung in jedem Klassenraum für das individuelle Lernen und den offenen Unterricht zur Verfügung stehen. Der Umgang mit Medien sollte früh begonnen und reflektiert werden, bereits stufenweise in altersgemäßer Form in Kindertageseinrichtung und Grundschule.

Medienkompetenz umfasst neben der technischen Handhabung des Einsatzes neuer Medien (technische Medienkompetenz) insbesondere die Fähigkeit zur Nutzung neuer Medien als soziales Kommunikationsinstrument und das kritische Umgehen mit dem Einsatz neuer Medien (inhaltliche Medienkompetenz). Inhaltliche Medienkompetenz setzt sich im wesentlichen aus "traditionellen" Kompetenzen des Identifizierens, Bewertens, Strukturierens und Anwendens, aber auch aus Innovationsfähigkeit und Verantwortung zusammen.

Die neuen Medien entfalten ihre Leistungsfähigkeit am besten, wenn die Lernprozesse eingebettet sind in einen sozialen Kontext, in die Kooperation mit anderen Lernenden oder mit Tutoren. Zugleich wird eine optimale Unterstützung des Lernenden erreicht, wenn sämtliche Lernmethoden und Instrumente zusammenwirken.

Lernen in multimedialen Lernumgebungen muss erlernt werden: hohe Komplexität und große Informationsmengen, die oft nur wenig strukturiert sind, sind für die meisten Lernenden ohne professionelle Unterstützung kaum zu bewältigen. Multimediales Lernen kann Lehrerinnen

und Lehrer nicht ersetzen, setzt aber ein anderes Selbstverständnis der Lehrenden voraus. Neben technischem Rüstzeug und innovativen Lernkonzepten sind in allen Bildungsbereichen anwendungsbezogene Weiterbildung sowie direkter und elektronischer Informations- und Erfahrungsaustausch erforderlich.

Trotz hohen technischen Know-hows und vielfältiger Ansätze von E-learning hat sich der Einsatz neuer Medien noch nicht in der Bildung durchgesetzt und sind die Potenziale neuer Medien für lebenslanges Lernen bisher nicht ausgeschöpft. Es fehlen insbesondere methodisch-didaktisch ausgefeilte Konzepte für die Vermittlung von Medienkompetenz für die in der Bildung tätigen Personen, die auch die Verbindung mit den klassischen Lernmethoden und -instrumenten umfassen und reflektieren.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Vermittlung des Umgangs mit neuen Medien als neue Kulturtechnik in allen Bildungsbereichen; Beginn des stufenweisen Erwerbs einer umfassenden Medienkompetenz in Kindertageseinrichtung und Grundschule; Zugang aller Schülerinnen und Schüler zu neuen Medien und zum Internet,
- Entwicklung und Umsetzung von pädagogischen und didaktischen Konzepten des multimedialen Lernens und zum Erwerb von Medienkompetenz, unter enger Kooperation der didaktischen Forschung mit Praxis und Weiterbildung,
- Aus- und Weiterbildungsoffensive "Neue Medien" für das in der Bildung tätige Personal,
- Weiterentwicklung von Lernsoftware unter inhaltlichen und methodisch-didaktischen Gesichtspunkten, Steigerung der Benutzerfreundlichkeit, Unterstützung individueller Lernprozesse,
- Sicherstellung der technischen Wartung der Ausstattung mit neuen Medien in Bildungseinrichtungen.

Hauptadressaten:

Länder, Bund und Sozialpartner

IX. Ausgrenzung vermeiden und abbauen

In dem Maße, in dem Wissen und Kompetenzen Schlüssel für die Zukunft bedeuten, führen Nichtwissen und Nichtbeherrschen von Kompetenzen immer häufiger zu sozialer und beruflicher Ausgrenzung. Die Zahl der Jugendlichen, die ohne Schulabschluss und ohne anerkannte Berufsausbildung bleiben, muss dringend gesenkt werden. Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung müssen eine zweite Qualifizierungschance erhalten. Lebenslanges Lernen muss auch für Personen möglich werden, die bisher zu wenig an Weiterbildung teilnehmen.

9 % der Schulabgänger erreichten 1998 keinen Schulabschluss.² 15 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen blieben ohne abgeschlossene Berufsausbildung.³ 135.000

² Ein Teil holt den Schulabschluss zu einem späteren Zeitpunkt nach.

Ausbildungsverhältnisse wurden vorzeitig gelöst. Das entspricht fast einem Viertel der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Wenngleich die meisten dieser Abbrecher anschließend eine andere Ausbildung aufnehmen, ist diese Zahl zu hoch.

Während 1997 48 % der Personen mit Hochschulabschluss an beruflicher Weiterbildung teilgenommen haben, waren dies unter den Personen ohne beruflichen Abschluss nur 9 % (Berichtssystem Weiterbildung VII). Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Un- und Angelernte gehen weiter drastisch zurück - nach einer Schätzung von Prognos und dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung um fast zweieinhalb Millionen Arbeitsplätze zwischen 1995 und 2010. Daher sind insbesondere Personen mit geringen Qualifikationen, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose immer stärker von beruflicher und sozialer Ausgrenzung betroffen, wenn es nicht gelingt, ihnen eine anerkannte Berufsausbildung zu vermitteln und sie stärker in den Prozess des lebenslangen Lernens einzubeziehen. 1998 war die Arbeitslosenquote von Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss zehnmal höher als die der Absolventen von Fachhochschulen (25,8 % gegenüber 2,6 %). Die Ermöglichung lebenslangen Lernens auch für diese Personengruppen hat daher die Dimension einer nationalen Aufgabe im Interesse der betroffenen Individuen, des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft und im Interesse der Wirtschaft.

Weiterbildungsbarrieren beruhen insbesondere auf Angst vor Misserfolg in Folge negativer Erfahrungen sowie auf mangelnder Information über Weiterbildungsmöglichkeiten und über die mit Weiterbildung verbundenen Chancen. Bemühungen, diese Personen wieder an Bildung und Qualifizierung heranzuführen, sind vor allem dann erfolgreich, wenn sie Ergebnisse informellen Lernens einbeziehen, etwa Lernen im Prozess der Arbeit (vgl. III.).

Eine Werbung für Weiterbildung sollte in noch viel stärkerem Maße auf Personen mit geringen Qualifikationen zielen und neue Anspracheformen finden. Sie sollte sich auf Beispiele erfolgreicher Weiterbildungsteilnahme aus diesen Personengruppen stützen. Die 1998 in Deutschland eingeführten Lernfeste sind weiter auszubauen.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Entwicklung von Konzepten und Methoden zur Vermeidung von Schulverweigerung; Ausbau der Schulsozialarbeit; intensive Kooperation von Schule, Jugendhilfe und außerschulischen Lernorten,
- Weiterentwicklung der Qualität der Ausbildung von Jugendlichen, die besonderer Förderung bedürfen, und Unterstützung beim Übergang in Beschäftigung,
- ein Förderinstrument mit einheitlicher Finanzierung für eine zweite Qualifizierungschance für junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung,
- breite Umsetzung eines Qualifizierungskonzepts für Personengruppen mit geringen Qualifikationen mit folgenden Elementen:
 - individuelle aufsuchende Beratung am Arbeitsplatz,
 - Zertifizierung von Ergebnissen informellen Lernens, insbesondere von im Prozess der Arbeit erworbenen Kompetenzen,
 - Schaffung lernförderlicher Situationen am Arbeitsplatz,

³ Vgl. Fußnote 1 auf S. 21.

- Qualifizierung in der gewohnten Umgebung des Arbeitsplatzes durch modularisierte Weiterbildungsangebote, die an vorhandene Kompetenzen anknüpfen,
- vorbereitende und begleitende Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten,
- spezielle Weiterbildungsangebote für ältere Erwachsene, die den Interessen und Lernmöglichkeiten dieser Zielgruppe gerecht werden sowie intensive Werbung bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern für die Nutzung dieser Angebote,
- verstärkte Werbung und neue Ansprechformen für die Teilnahme von Personen mit geringen Qualifikationen an Weiterbildung.

Hauptadressaten:

Länder, Bund und Sozialpartner

X. Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten

Die Förderung und Integration von Migrantinnen und Migranten muss zentrales Element von Bildung in allen Bildungsbereichen werden. Bildung muss Offenheit und Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen fördern. Andere Kulturen und Sprachen sind als Bereicherung und Chance für ausländische und deutsche Kinder zu verstehen. Das deutsche Bildungssystem hat aber auch sicherzustellen, dass alle Migrantinnen und Migranten ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache erwerben können.

Das Bildungswesen erfüllt den Auftrag der Förderung und Integration von Migrantinnen und Migranten noch immer nicht hinreichend. Dabei wirken sich auch die frühen Entscheidungen über die Schullaufbahn aufgrund des gegliederten Schulsystems negativ aus. Der unzureichende Zugang zu Bildung birgt große Risiken für die Personen mit Migrationshintergrund wie für die gesamte Gesellschaft.

Personen mit Migrationshintergrund haben einen wesentlich schlechteren Zugang zu Bildung und größere Schwierigkeiten beim Erwerb von Bildung. Insgesamt stammen etwa 15 % der in Deutschland lebenden Personen im Alter unter 30 Jahren aus Migrantenfamilien. Verlässliche Daten liegen nur für Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit vor: 19,5 % verließen 1998 die allgemeinbildenden Schulen, ohne zumindest den Hauptschulabschluss zu erreichen (Deutsche: 8,1 %). Nur 8,7 % der jungen Ausländerinnen und Ausländer erreichen das Abitur. Die Sonderschulquoten von jungen Jugoslawen, Italienern, Portugiesen und Türken liegen zwei bis dreimal über der von gleichaltrigen Deutschen. 39,6 % der ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren haben keinen Berufsabschluss (Deutsche: 10,5 %; Sonderauswertung des Mikrozensus 1998).⁴ Die Bildungssituation der Aussiedlerinnen und

⁴ Nach einer im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Mitte 1998 durchgeführten repräsentativen Befragung waren 11,6 % der Befragten im Alter zwischen 20 und 29 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung und nicht in einer Ausbildung, 8,1 % der deutschen und 32,7% der ausländischen jungen Erwachsenen (vgl. Berufsbildungsbericht 2000, Kapitel 2.2.1).

Aussiedler, für die als deutsche Staatsbürger keine eigenen Daten vorliegen, dürfte ähnlich schlecht sein. Migrantinnen und Migranten sind in der Weiterbildung sehr stark unterrepräsentiert.

In Kindertageseinrichtungen und Grundschule werden Weichen für die Bildungsbiographie der Kinder aus Migrantenfamilien gestellt. Erforderlich ist in allen Fächern eine stärkere Konzentration auf das Erlernen der gesprochenen und geschriebenen deutschen Sprache, deren Beherrschung entscheidend für den späteren Bildungserfolg ist.

Die Bildungssituation von Migrantenkindern, beispielsweise ihr Zugang zu den unterschiedlichen weiterführenden Schulen sowie zu Ausbildungsstellen, sollte vor Ort analysiert werden. Auf der Grundlage dieser Analyse sollten Bildungseinrichtungen und die für Bildung und Berufsausbildung in der Region Verantwortlichen Zielvereinbarungen für die Förderung von Migrantenkindern treffen. Für die Schulprogrammentwicklung sollte die Förderung von Migrantenkindern als Kriterium für die Qualität von Schulen aufgenommen werden.

Die hohen fachübergreifenden Kompetenzen von Personen mit Migrationshintergrund sollten in Erziehungs- und Lehrberufen, sozialpädagogischen Berufen, aber auch für Verwaltung, Rechtsprechung und in Gesundheitsberufen besser genutzt werden.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Aufnahme der Förderung von Migrantenkindern in die Schulprogrammentwicklung als Kriterium für die Qualität von Schulen,
- Berücksichtigung der Kinder aus Aussiedlerfamilien bei der Entscheidung über Sonderzuweisungen an Bildungseinrichtungen,
- Verstärkung des interkulturellen Lernens in allen Bildungseinrichtungen mit Schwerpunkt auf Elementar- und Primarbereich unter Bezugnahme auf die dort vertretenen Sprachen und Kulturen,
- verstärkte Förderung der Mehrsprachigkeit unter Berücksichtigung der jeweiligen Muttersprache vom Kindergarten an, Ausbau des Deutschunterrichts in allen Fächern der Schule,
- Aufnahme von Lehrenden mit Migrationshintergrund in die Kollegien aller Bildungseinrichtungen,
- Verstärkung der Elternarbeit, Maßnahmen zur Heranführung von zugewanderten Eltern an schulische Arbeit und an deutsche Kultur,
- lokale Zielvereinbarungen für die Förderung von Migrantenkindern in Schule und Berufsausbildung, Unterstützung lokaler Netzwerke zur Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen von Migrantinnen und Migranten,
- Verbesserung der Bildungsberatung für erwachsene Migrantinnen und Migranten, Ausbau des zielgruppen- und situationsgerechten Deutschunterrichts für Erwachsene unter Nutzung des deutschsprachigen Umfeldes,

- stärkere Thematisierung der Förderung von Migrantinnen und Migranten in der Aus- und Weiterbildung der in der Bildung tätigen Personen, Verstärkung der Bedeutung von Deutsch als Fremdsprache.

Hauptadressaten:

Länder, Bund und Kommunen

XI. Lernorte öffnen und verknüpfen

Bildungseinrichtungen müssen zu "Häusern des Lernens" werden, in denen nicht nur die Lernenden, sondern auch die Lehrenden lernen. Das Programm einer Bildungseinrichtung macht das Profil der Einrichtung deutlich und ist Grundlage für das Lernen und Lehren. Eltern sollen sich ihrer Verantwortung im Erziehungs- und Lernprozess bewusst sein und sind stärker bei der Verwirklichung einer neuen Lern- und Lehrkultur in Kindertageseinrichtungen und Schulen zu beteiligen.

Lernprozesse in der Lebens- und Arbeitswelt sind stärker einzubeziehen. Das erfordert ähnlich wie in der dualen Berufsausbildung eine stärkere Einbeziehung der Lebenswirklichkeit in Unterricht, Studium und Weiterbildung. Die Öffnung der Bildungseinrichtungen für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld ermöglicht das Lernen in Zusammenhängen und unterstützt den gemeinsamen Erwerb von fachlichen und fachübergreifenden Kompetenzen.

Das Wahrnehmen von Verantwortung über das eigene Fach, die Klasse, die Vorlesung oder den Kurs hinaus ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Bildungseinrichtung zur lernenden Organisation. Dafür ist es erforderlich, dass das Team der Lehrenden gemeinsam lernt und gemeinsam Inhalte und Lernverfahren definiert. Bildungseinrichtungen müssen daher Voraussetzungen für regelmäßige und verbindliche Zeiten gemeinsamen Lernens der Lehrenden einrichten. Ein Fortbildungsplan hat Fortbildung im Team zu ermöglichen.

Bei der Entwicklung des Programms einer Bildungseinrichtung sind alle an der Einrichtung Beteiligten einzubeziehen, im Fall der Schule Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Partner einer Schule. Das Programm einer Bildungseinrichtung bestimmt Lernstrukturen. Beispielsweise können auf der Grundlage eines Schulprogramms Fachbereiche ihre Arbeit planen und fächerübergreifende Anknüpfungspunkte finden und kann das Zusammenleben in der Schule im Unterricht wie im außerunterrichtlichen Raum gestaltet werden. Programme machen die Bildungsarbeit für alle Beteiligten transparent, sie unterstützen die Identifikation aller Beteiligten mit den Zielen der Einrichtung und bieten eine Grundlage für Rechenschaft und Evaluation. Programme der Bildungseinrichtungen bedürfen einer ständigen Weiterentwicklung.

Hilfsangebote für Schulverweigerer sind bisher vorrangig außerhalb von Schule entstanden. Schulen mit dem Anspruch von "Häusern des Lernens" müssen das Problem der Schulverweigerung in der Schule selbst aufgreifen und die Vermeidung von Schulverweigerung zum Qualitätskriterium machen. Sie sind dann in stärkerem Maße in der

Lage, die individuellen Gründe für Schulverweigerung zu erkennen, auf die Bedürfnisse der gefährdeten Jugendlichen einzugehen und erforderlichenfalls kompetente Unterstützung von außen in Anspruch zu nehmen (vgl. auch IX.).

Familie ist nach wie vor der wichtigste Lernort außerhalb von Bildungseinrichtungen. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Veränderungen führen jedoch dazu, dass der Erziehungsauftrag der Familie immer schwerer zu erfüllen ist und die Erwartungen an Erziehung in Kindertageseinrichtungen und Schule gestiegen sind. Dies macht die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Bildungseinrichtung noch notwendiger, als sie es in der Vergangenheit schon war. Die Gewinnung und Einbeziehung von Eltern erfordern gezieltes Handeln von Seiten der Kindertageseinrichtungen und Schulen. Dazu gehören unter anderem die aktive Beteiligung von Eltern an Entwicklung und Umsetzung des Programms der Einrichtung sowie die Unterstützung der Eltern bei der Mitwirkung in Bildungseinrichtungen und bei der Erziehung in der Familie.

Durch die Öffnung von Bildungseinrichtungen werden andere Lernorte und Sachverstand von außen einbezogen. Das fördert das Lernen in Zusammenhängen, hilft die Aufsplitterung der Unterrichtsinhalte durch übergreifendes und projektorientiertes Lernen zu überwinden und unterstützt den gemeinsamen Erwerb von fachlichen und fachübergreifenden Kompetenzen. Die Öffnung von Bildungseinrichtungen fördert so auch das Lernen des Lernens und bereitet auf lebensbegleitendes Lernen vor.

Eine Zusammenarbeit vor Ort sollte auf Gegenseitigkeit beruhen. Die Kompetenzen und die Ausstattung der Schule, Berufsbildungseinrichtung, Hochschule oder Weiterbildungseinrichtung sollten auch für ihre Partner nutzbar gemacht werden. Eine Öffnung von Schulen setzt eine Reduzierung von Erlassen auf das unbedingt Notwendige voraus.

Netzwerke sind ein wesentliches Element der Entwicklung von lernenden Regionen. Sie führen die Anbieter und Nachfrager von Bildung und Qualifizierung sowie die für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in der Region Verantwortlichen zusammen. Regionale Netzwerke können insbesondere dazu beitragen, jeder Frau und jedem Mann ein Bildungs- und Qualifizierungsangebot zu machen, das ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht. Regionale Initiative, trägerunabhängige Koordinierung und Zusammenführen von Bildungs-, Jugend-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind wichtige Voraussetzungen für den Erfolg von regionalen Netzwerken.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- Förderung der Entwicklung von Bildungseinrichtungen zu "Häusern des Lernens", u.a. durch
 - Ressourcen für die einzelne Bildungseinrichtung, um Zeit, professionelle Beratung und Fortbildung für die Entwicklung der Einrichtung einsetzen zu können,
 - Unterstützung von Kindertageseinrichtungen und Schulen bei der Entwicklung, Verwirklichung und Fortschreibung von Programm und Profil der Einrichtung,
 - Beteiligung der Lehrenden, der Lernenden, der Eltern und der Partner der Einrichtung an der Entwicklung des Programms der Bildungseinrichtung,

- Weiterbildung von Lehrenden im Team, bezogen auf die Lösung konkreter Aufgaben der Bildungseinrichtung,
- Beratung und Unterstützung von Eltern bei Erziehungsaufgaben und bei der verantwortlichen Mitwirkung in Kindertageseinrichtungen und Schule,
- stärkere Unterstützung von Bildungseinrichtungen bei der Öffnung für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld, Reduzierung von Erlassen auf das unbedingt Notwendige,
- stärkere Öffnung der Hochschule für ihr soziales und kulturelles Umfeld und für eine Kooperation mit der Wirtschaft,
- Stärkung der Bereitschaft von sozialen und kulturellen Organisationen sowie von Betrieben in der Region zu aktiver Kooperation mit Kindertageseinrichtungen, Schule, Hochschule und Weiterbildungseinrichtungen,
- Ausbau regionaler Netzwerke, die Anbieter und Nachfrager sowie die für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik Verantwortlichen in der Region zusammenführen.

Hauptadressaten:

Länder, Kommunen, Sozialpartner, Träger von Bildungseinrichtungen

XII. Mehr Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen, Lernen aus Evaluationen

Zunehmende Komplexität der Anforderungen an Bildung und Qualifizierung erfordert mehr Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen. Insbesondere Kindertageseinrichtungen und Schulen, aber auch Ausbildungseinrichtungen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen müssen bei der schrittweisen Verwirklichung von Eigenverantwortung unterstützt werden. Die staatliche Aufsicht muss hierfür neue Handlungskonzepte entwickeln und verwirklichen.

Mehr Eigenverantwortung setzt die Bereitschaft zur Rechenschaftslegung voraus. Interne und externe Evaluationen sind zugleich wichtige Instrumente der Selbststeuerung von Bildungseinrichtungen. Das Lernen aus Evaluationen muss zu einer Selbstverständlichkeit werden.

Eigenverantwortung von Bildungseinrichtungen muss neben finanziellen Belangen insbesondere die Verantwortung für inhaltliche und personelle Gestaltung und Weiterentwicklung von Bildungsangeboten umfassen. Schrittweises Einräumen von Eigenverantwortung führt nur dann in vollem Maße zu der angestrebten Qualitätssteigerung, wenn die Bildungseinrichtungen bei der Verwirklichung der Eigenverantwortung unterstützt werden. Der Gefahr, dass sich Bildungseinrichtungen qualitativ auseinanderentwickeln, ist durch eine Neuorientierung der staatlichen Aufsicht entgegenzuwirken. Staatliche Aufsicht muss hierbei weniger auf punktuell Krisenmanagement abstellen, sondern auf Verantwortung für Systemsteuerung und Ergebnisverantwortung sowie auf Unterstützung von Bildungseinrichtungen bei der Verwirklichung von Eigenverantwortung.

Barrieren, die einer breiten Umsetzung guter Erfahrungen entgegenstehen, liegen häufig im Leitungsbereich. Mitglieder der Leitung einer Bildungseinrichtung benötigen zusätzlich zu den fachlichen Kompetenzen erweiterte Kompetenzen. Sie müssen die innovative Entwicklung der Bildungseinrichtung einleiten, unterstützen und steuern. Dabei müssen sie die methodischen und didaktischen Voraussetzungen einer neuen Lern- und Lehrkultur, Grundlagen eines modernen Qualitätsmanagement sowie Voraussetzungen für Personalführung und Entwicklung einer lernenden Organisation beherrschen. Sie müssen demokratische Prinzipien fördern und Mitbestimmung ernst nehmen. Hinzu kommen Managementkompetenzen. Mitglieder der Leitung einer Bildungseinrichtung sollten in viel stärkerem Maße unter Berücksichtigung solcher Kompetenzen ausgewählt werden. Zusätzlich sollte eine spezielle und kontinuierliche Weiterbildung zur Pflicht gemacht werden. Bildungseinrichtungen können hier von Erfahrungen der Unternehmen lernen.

Rechenschaftslegung dient der Sicherstellung von Standards, der Transparenz und der Weiterentwicklung der Qualität. Interne und externe Evaluation sind zugleich Instrumente der Selbststeuerung von Bildungseinrichtungen.

Die Verfahren der Evaluation und des Lernens aus Evaluationen für die Verbesserung der Qualität von Bildung entwickeln sich erst allmählich. Die hierfür auf der Ebene der einzelnen Bildungseinrichtung wie auf der Ebene der Bildungsadministration erforderliche professionelle Kompetenz ist vielfach noch nicht vorhanden. Groß angelegte Vergleichsstudien bedürfen einer entsprechend entwickelten Wissenschaft und der Hilfe kompetenter Wissenschaftler.

Die Bedingungen, unter denen eine Bildungseinrichtung aus interner und externer Evaluation optimal lernen kann, um die Qualität der Bildungsangebote und der Bildungsprozesse zu verbessern, sind noch zu wenig bekannt. Hier besteht ein dringender Bedarf für Transferforschung. Erfahrungen aus anderen Staaten, z.B. aus den Niederlanden, müssen dabei berücksichtigt werden.

Die Qualität der Ergebnisse von Evaluationen und des Lernens aus Evaluationen hängt auch davon ab, dass Vertrauen in die faire Verwendung der gewonnenen Informationen aufgebaut werden kann. Die Informationen aus Evaluationen sind für die Verbesserung der Transparenz über die Qualität von Bildungsanbietern und Bildungsangeboten und für die individuelle Beratung zu nutzen.

Das Forum Bildung empfiehlt daher:

- verstärkte Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen, insbesondere bei der Weiterentwicklung ihres pädagogischen Profils und der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung (vgl. XI.),
- **schulbezogene Einstellungen als Regel bei gleichzeitiger Sicherstellung einer gleichmäßigen Lehrerversorgung von Regionen,**
- Verstärkung der Führungs- und Managementkompetenz der Leiterinnen und Leiter von Bildungseinrichtungen u.a. durch verpflichtende kontinuierliche Weiterbildung,
- Ausbau der Beratungskompetenzen der staatlichen Aufsicht,

- Förderung des Lernens aus Evaluationen, u.a. durch
 - Förderung der internen Verständigung über Qualität in Bildungseinrichtungen und der Bereitschaft zur Rechenschaft nach außen sowie zum Vergleich mit anderen, vor dem Hintergrund geeigneter Referenzrahmen,
 - Transferforschung zur Entwicklung der Bedingungen für das Lernen aus Evaluationen,
 - Aufbereitung der Informationen aus Evaluationen für Transparenz und Beratung über die Qualität der Bildungseinrichtung für alle Beteiligte,
- Fortsetzung und Vertiefung der vom Forum Bildung begonnenen bildungsbereichsübergreifenden Behandlung von Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung.

Hauptadressaten:

Länder, Bildungseinrichtungen und Bund